

Ergebnis
an allen Verlagen.
Bezugsspreis
für Monat November 20.—
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboer 300.—
am Postamt . . . 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Bernsprecher: 4246, 2273,
3110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Auswirkung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreise:
f. d. Grundschriftseite im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 40.— R.
Niederschlesien 120.— R.
Für Anfragen aus
Deutschland . . . 3,50 R.
im Reklameteil 10.— R.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czecowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań.

Am Scheidewege.

Die Frage der Option beschäftigt und beunruhigt viele Gemüter. Der Endtermin rückt heran. Ob er hinausgeschoben werden wird, ist zweifelhaft. Ein Entschluß muß bald gesetzt werden. Er wird vielen sehr schwer.

Von den materiellen Wunschen und Abers, die für den Einzelnen bei Beantwortung der Frage „Soll ich optieren?“ in Betracht kommen, sei hier abgesehen. Ob der Einzelne seinen Beruf hier oder in Deutschland besser und unter günstigeren Bedingungen ausüben kann, ob er seine Familie hier oder in Deutschland besser ernähren und kleiden kann, ob er hier oder in Deutschland sich größere äußere Annehmlichkeiten verschaffen kann, — das ist seine Sache, Sache des Einzelnen, und daß diese Dinge bei der Entscheidung über die Frage der Option sehr stark mit sprechen, ist nicht nur verzeihlich, sondern beinahe selbstverständlich: das bedeutet durchaus keinen Seelenverkauf, und niemand vergibt sich etwas, wenn er aus solchen Gründen auf sein Recht, für Deutschland zu optieren, verzichtet, — wenn er es innerlich kann.

Wenn er es innerlich kann. Und damit ist das ausgesprochen, worauf es ankommt.

Es gibt nicht wenige Deutsche in Polen, denen der Gedanke, sie sollten durch einen freiwilligen Verzicht auf die Ausübung ihres Optionsrechtes für immer aus dem Kreise der deutschen Reichsangehörigen auscheiden, unannehmbar erscheint, beinahe als ein Verrat am Deutschen erscheint. Ihre Bedenken sind begreiflich, in vielen Fällen moralisch folgerichtig, aber darum doch nicht in allen Fällen als berechtigt anzuerkennen.

Eins darf nicht vergessen werden: Wer auf die Ausübung seines Optionsrechtes verzichtet, wird dadurch für immer polnischer Staatsbürger, aber er wird dadurch nicht Pole. Das muß betont werden. Es wird von keinem verlangt, daß er sein inneres Deutschtum aufgibt, daß er sich losagt von deutschem Wesen und deutscher Art, daß er seiner Muttersprache untreu wird, daß er um äußerer Vorteile oder um der augenblicklichen politischen Lage willen ein Nenngut wird. Im Gegenteil. Wer sich entschließt, polnischer Staatsbürger zu bleiben, übernimmt damit zwei Ehrenpflichten, die ihm beide gleich ernst sein müssen. Er verzichtet sich damit ohne Zweifel, seinen staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber dem Staat, dem er nun angehört, in vollem Umfang und mit der größten Gewissenhaftigkeit nachzukommen, aber er, und gerade er, der jetzt unter einem anderssprachigen Volke weiterleben soll, übernimmt zugleich gegenüber dem gesamten Deutschen die Pflicht, dafür zu sorgen, daß sein Haus deutsch bleibt, daß seine Kinder deutsch sprechen, deutlich empfinden, deutsch betonen, an der Art der Mutter festhalten. Wenn irgendwo, so gilt hier der Satz: „Was du ererbt von deinen Eltern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“

Selbstverständlich — und das muß noch einmal besonders betont werden — wird derjenige, der sich entschließt, auf die Option zu verzichten, sich vorher mit dem vollen Ernst, den eine Gewissensfrage erfordert, prüfen müssen, ob er innerlich imstande ist, die Pflichten eines polnischen Staatsbürgers zu übernehmen, und nur wenn er diese Frage wirklich mit „Ja“ beantworten kann, darf er sagen: „Ich bleibe polnischer Staatsbürger.“ Aber er wird sich vorher auch noch über eine andere Frage klar werden müssen. Und die lautet: „Womit nützt ich dem Deutschen und dem schwer leidenden Deutschen Reiche mehr, — dadurch, daß ich für Deutschland optiere, oder dadurch, daß ich auf mein Optionsrecht verzichte?“

Wer den moralischen Konflikt, in den er gerät, auf die bequemste Weise löst und sagt: „Ich empfinde deutsch, also optiere ich für Deutschland“, — wird nicht immer das Richtige tun. Was ist jetzt der Einzelne in Deutschland? Einer unter vielen Millionen, ein Tropfen im Meere, — oder vielmehr ein Tropfen in einem überlaufenden Fass. Es ist schon oft gesagt worden, daß jeder Einzelne, der jetzt nach Deutschland geht, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dort erhöht und die Ansprüche an die ohnedies schon auf eine harte Probe gestellte Leistungsfähigkeit des Reiches, der Staaten und der Städte vermehrt. Man bedenke, wie viele Flüchtlinge und Nichtflüchtlinge, Verdrängte und Nichtverdrängte, Ausgewiesene und Nichtausgewiesene sich jetzt in Deutschland zusammendrängen, für wieviele in dem enger gewordenen Reich Unterkunft, Nahrung und Arbeit beschafft werden muß! Ist es da wirklich eine moralische Tat, d. h. eine Tat im Interesse des Gesamtwohles, wenn jemand, der nicht unbedingt dazu gezwungen ist, sagt: „Ich will auch in Deutschland leben?“

Aber noch etwas anderes ist zu bedenken. Selbst wenn die Massenzuwanderung von Leuten aus den abgetretenen und verloren gegangenen Gebieten dem Deutschen Reiche und dem deutschen Volke nicht schaden würde — was nützt sie dem Deutschen Reiche, dem deutschen Volke, dem Deutschen? Es ist ja bequem zu sagen: „Ich bin Deutscher, also gehöre ich nach Deutschland.“ Es gibt Deutsche, die hier in Polen bleiben müssen, und deren Lage wird um so schwieriger und bitterer, je mehr von ihren Stammesgenossen von hier abwandern. Ihre Leiden werden gemildert, wenn möglichst viele Deutsche hier bleiben. Darauf kommt der Einwand: „Ich kann doch nicht hier bleiben um derer willen, die hier bleiben müssen. Soll ich mich zum Märtyrer machen?“ Bliebe dieser. Wenn Ihr hier bleibt, dienst Ihr nicht nur

Um die Selbständigkeit der Ukraine.

Warschau, 6. November. Zu der Skrypta der Lemberger orthodoxen Georgs-Kathedrale deckte polnische Gendarmerie eine Versammlung ukrainischer Kommunisten auf. Infolgedessen wurden ernste Massenverhaftungen vorgenommen.

Von Rumänien ist wiederum Petljura in die Sowjet-Ukraine eingefallen. Die Sowjetkommunisten wurden getötet. Kamieniec-Podolsk ist von Petljura als Hauptstadt ausgerufen worden.

Die Kämpfe in der Ukraine zwischen Bolschewisten und ukrainischen Freischaren haben, da ihnen durchaus mehr als nur lokale Bedeutung zufolge, das Interesse aller im Osten irgendwie interessierten Staaten auf die ostgalizisch-ukrainische Wettereise gelenkt. Bandenunruhen hat es dort allerdings schon immer gegeben, seit Russland in Crimna fiel. Die Gefahr besteht aber, daß dort selbst geringfügige Anlässe zu tiefgehenden Umgestaltungen der politischen Verhältnisse im Süden des Randstaatengürtels führen können. Ostgalizien und Bessarabien sind die beiden Stichworte, die den Umfang des Problems erkennen lassen, um das es sich handelt. Und wenn auf ukrainischem Boden gesuchten und die ukrainische Frage dadurch in irgendeinem Sinne einer neuen Lösung entgegengebracht wird, so ist nur ein ganz geringer Anfang voraus, um auch die ostgalizische und bessarabische Frage akut werden zu lassen, das heißt, Polen und Rumänien in den Strudel der politischen Verwirrung mit hineinzuziehen.

Der Teil der Ukraine, der ohne eigentliche Grenze in Ostgalizien und Bessarabien übergeht, ist daher der Angleopunkt der Randstaatenfrage — vom Poltum abgesehen. Jenes Gebiet ist nun die Domäne Petljuras, dieses eigenartigen „Fürsten ohne Land“, dessen Machtmittel doch von Hunderttausenden von Ukrainern und Galiziern unterstützt und in Warschau und Bucarest mit großem Interesse verfolgt werden. Er ist auch jetzt die Seele des Vorstoßes gegen die Bolschewisten, denn ohne seine Truppen — die an sich in Polen hätten interniert bleiben müssen — wäre die Erhebung der ukrainischen Freischaren ziemlich aussichtslos. Er ist fürtlich in Wien gemeinen, um mit der dort weilenden ukrainischen Regierung Petljura mit einem Operationsplan zu besprechen. Dann ist er an die Front zurückgekehrt. Mehr hört man von ihm nicht.

Jetzt melden Flüchtlinge, die aus dem Kampfgebiet in Warschau eintreffen, daß Petljuras Truppen mit denen des Ataman Ljutyn in dem siegreichen Bregen sind. Die bolschewistischen Borden flüchten zurück, alles, was in fühlender Stellung bei den „Noten“ war, wird niedergemacht, dabei kommt es zu Pogromen, weil der Zusammenhang der Juden mit den Bolschewisten eine charakteristische Erscheinung imilde der russischen Revolution ist. Husiatin soll genommen und Kamenez-Podolsk zur Hauptstadt des Landes ausgerufen worden sein. Petljura soll eine Regierung und Zivilverwaltung eingesetzt haben und erneut eine „antibolschewistische Ukraine“ zu schaffen gewollt sein. Die in Polen weilenden ukrainischen Emigranten sollen sich bereit machen, in die Heimat zurückzukehren.

Wieviel Wahres daran ist und in welchem Umfang es vor allem Petljura gelingen wird, seine Pläne diesmal der Sowjet-Ukraine gegenüber durchzusetzen, ist abzusehen. Zumindest aber sind in der Ukraine Dinge im Gange, die auch Polen außerordentlich noth angehen und deren Verlauf von entscheidendem Einfluß auf die Lösung der ostgalizischen Frage sein kann, die in nächster Zeit vor dem Volkerbunde zur Sprache kommen soll.

Polnische Misströmung gegen die Tschechei

Die Reise des polnischen Außenministers Skirmunt nach Prag, die entgegen anfänglichen Plänen nicht nach Paris und London weiterfahren wird, erregt das Mißfallen der Warschauer Presse, dem besonders der „Przeglad Wieczorny“ Ausdruck gibt. Das Blatt führt aus, niemand könne den Inhalt des bevorstehenden Vertrages außer Skirmunt und dem Prager Gesandten Piłs, die geradezu eine Verschwörung gegen die öffentliche Meinung Polens spielen. Niemand wolle zwar Krieg mit Tschechien, sondern normale Beziehungen, es sei aber zu befürchten, daß Skirmunt nicht genügend scharf gegen Versuche tschechische Unabhängigkeit, wie beispielsweise die jüben erfolgte Eröffnung einer ukrainischen Universität in Prag, Stellung nehmen werde. Die wahre Antwort darauf wäre die Gründung einer slowakischen Universität in Krakau.

Zum neuen polnischen Gesandten in Moskau ist Stefan Skirmanowski ernannt worden. Gleichzeitig sind Schritte eingeleitet worden, um die erste Zahlungsrate Russlands an Polen in Empfang zu nehmen.

den Personen, die hier bleiben müssen, sondern zugleich der Sache, dem Deutschen. Wer von euch kann sagen, daß er gegenwärtig in Deutschland eine Aufgabe hätte, zu deren Lösung er, gerade er, dort drüber notwendig wäre? Ach, dort gibt es so viele tüchtige Menschen! Und hier? Fühlt ihr es nicht, daß hier jeder Einzelne von uns schon durch seine Anwesenheit eine Aufgabe erfüllt, — und viele, viele nicht nur durch ihre Anwesenheit. Der Ausbau des Lebens unserer deutschen Minderheit bedarf der Mitarbeit vieler. Wir brauchen Kräfte in großer Zahl. Jeder ist willkommen. Auch die bescheidenste Kraft kann, an den richtigen Platz gestellt, Großes leisten. Arbeit ist genug vorhanden. Viele können hier eine Lebensaufgabe finden, die in Deutschland nur ein winziges Rädchen an einer riesenhaften Maschine sein würden. Gilt das nicht?

Noch ein Einwand. „Man will uns ja hier gar nicht haben. Man bemüht sich ja förmlich, uns hinauszudringen.“ Und wenn dem so ist — und man darf sagen: es ist so —, soll uns das hindern? Wir tun nichts Unrechtes. Wir zahlen unsere Steuern, wir tun unsere Arbeit, — und wir dürfen darum trotz aller Anfeindungen mit gutem Gewissen hier bleiben: unsere Arbeit kommt mittelbar oder unmittelbar auch dem polnischen Staat zugute, und dieser Staat braucht ehrliche, pflichttreue, gewissenhafte Arbeiter. Wir drängen uns keinem auf, aber wir lassen uns auch nicht hinausdrängen. Wer ein Recht hat, hier zu bleiben und hier bleiben will,

Vier Kommissionen für die oberschlesischen Verhandlungen.

1. Die Kommission zur Führung der Wirtschaftsverhandlungen und Abschluß des Minoritätenvertrages. Vorsitzender dieser Hauptkommission ist Staatsminister a. D. Schiffner, Stellvertreter: Staatssekretär a. D. Lewald. Ihre Mitarbeiter werden in Laufe des Montags ernannt werden.

2. Die gemischte Kommission für Oberschlesien, bestehend aus je zwei in Oberschlesien geborenen Deutschen und Polen sowie einem vom Volkerbund zu ernennenden neutralen Präsidenten. Die Delegierten sind deutscherseits offiziell noch nicht ernannt; in Frage kommen Geh. Bergrat Brunzel, von preußischer Seite der Bürgermeister von Beuthen Dr. Stephan.

3. Ein Schiedsgericht, für das ein deutscher Schiedsrichter noch ernannt werden wird.

4. Die Grenzfestsetzungskommission: als deutscher Kommissar wurde ernannt der Gelehrte von Treutler, als Unterkommissar Graf Podewils.

Als Vertreter des Auswärtigen Amtes wird Graf Schulenburg an den Oberschlesischen Verhandlungen teilnehmen.

Wie von interalliiertem Seite verlautet, trifft die Melbung, nach der Generalkonsul Ponson zum Vorsitzenden der interalliierten Kommission für die Verwaltungsdauer von 15 Jahren ernannt worden ist, nicht zu. Weder über diesen Posten, noch über den des Vorsitzenden der Wirtschaftskommission ist bisher eine Entscheidung getroffen worden. In interalliierten Kreisen rechnet man damit, daß die Grenzregulierungsarbeit in den nächsten Tagen begonnen und rasch beendet wird, dagegen glaubt man, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen noch einige Tage verschoben werden würden. In interalliierten Kreisen rechnet man damit, daß die interalliierte Kommission bis Januar Oppeln wird verlassen können.

Beginn der Verhandlungen.

Warschau, 7. November. Der „Tempo“ berichtet aus Genf, daß die polnischen und deutschen Delegierten sich um die Mitte des Novembers versammeln werden, um die oberschlesische Frage zu besprechen.

Warschau, 7. November. Vor der Abfahrt des Ministerpräsidenten Ponsonski nach Krakau besuchte ihn der Vertreter Frankreichs in Warschau, Herr Vanastre und hielt mit ihm eine einstündige Konferenz über Angelegenheiten Oberschlesiens.

Der Grund der Teilung.

Paris, 6. November. (Danziger Zeitung) Der Pariser Korrespondent der „United Press“ hatte eine Unterredung mit einem französischen Staatsmann der Außenpolitik, der sich als Sachverständiger nach Washington begeben wird. Der Diplomat erklärt die Behauptung Deutschlands, daß es seine Entschädigung abdingt infolge der Teilung Oberschlesiens nicht völkerlich zahlen könne, sei für Frankreich nicht maßgebend. Deutschland könne zahlen mit und ohne Oberschlesien. In der Abrechnung Oberschlesiens liege die wichtigste Sache, daß Deutschland mit seiner hohen Produktionskraft nicht schneller vorwärts komme als die Alliierten selbst.

Auf die Frage, was Frankreich tun werde, wenn wider Erwarten die deutsche Entschädigung nicht gezahlt werden würde, antwortete der Diplomat: „Nichts anderes als bisher. Unsere Mittel haben immer genügt.“

Das Washingtoner Experiment.

Paris, 7. November. (Tel.-U.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Washington hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten Harding, der ihm erklärte, Amerika gehe wohl in einem Geiste der absoluten Selbstlosigkeit, aber auch in einem Geiste, der das Praktische gerichtet ist, zur Konferenz. Die Vertreter der Nationen, die nach Washington kommen, könnten, wenn sie wollten, zu einem Resultat gelangen. Wenn das Experiment gelinge, und es sei nicht denkbar, daß es nicht gelingen sollte, dann werde der Versuch einer internationalen Zusammenarbeit für Amerika außerordentlich ermutigend sein. Und diesem Versuch können dann andere folgen.

je es weil er bleiben muß, sei es weil er sich in den Dienst der Hierbleibenden oder des Auslandsdeutschums oder des polnischen Staates stellen will, der darf sich auch durch Aneindungen, durch Beschimpfungen und Verhöhungen nicht beitreten lassen. Er darf sich sein Recht nicht entziehen und nicht schmälen lassen. Polen hat einen Minderheitenschutzvertrag unterschrieben und damit heilige Pflichten übernommen, und tun wir uns unsere Pflicht, dann dürfen wir auch verlangen, daß uns gegenüber die Pflicht erfüllt wird. Und geschicht dies nicht aus Liebe zu uns, so wird es geschehen müssen um des Rechtes willen.

Wenn aber jemand es unterläßt, für Deutschland zu optieren, die Verhältnisse aber später es ihm doch wünschenswert machen, sein verlorenges deutsches Staatsbürgertum wiederzugewinnen? Was dann? Hat er diese Möglichkeit für immer verschloßen?

Nein. Das Deutsche Reich wird sich auch nach Ablauf der Optionsfrist den Wunschen Einzelner, die ihre Wiederaufnahme in den Kreis der deutschen Staatsbürger beantragen werden, nicht verschließen. Hier sei an das erinnert, was vor kurzem der Bromberger Superintendent Ahmann in einem Vortrag über die Frage „Soll ich optieren oder nicht?“ sagte (wir berichteten darüber in Nr. 198 des „Pos. Tagebl.“). Superintendent Ahmann, der seinerzeit von den Bürgern Brombergs in die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung gewählt worden war, stellte am 15.

Juli 1919 im Auftrage seiner Fraktion eine Anfrage an den Reichskanzler, ob auch nach Verstreitung der Optionsfrist eine Entscheidung für Deutschland möglich sei. Diese Anfrage wurde bejaht. Der Reichskanzler erklärte, daß den Deutschen im abgetretenen Gebiet auch nach Ablauf der Optionsfrist keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden und sie jederzeit bedingungslos aufzunehme finden würden. Diese Erklärung wurde auch in das Protokoll der genannten Sitzung aufgenommen, und jeder, dem später etwa Schwierigkeiten gemacht werden sollten, kann sich darauf berufen.

Übertriebene Sorge um das „Später“ ist also nicht am Platze.

Bei der Entscheidung über die Frage „Optieren oder nicht?“ darf — außer den persönlichen Erwägungen — nur die Frage ausschlaggebend sein: „Womit nützt ich jetzt dem Deutschtum mehr: mit dem Optieren oder mit dem Nichtoptieren?“

Optieren oder nicht?

Ein allgemeines Rezept kann nicht gegeben werden, und dem Einzelnen gegenüber kann niemand die Verantwortung übernehmen, die darin liegt, daß er ihn auf den einen oder den anderen Weg stieße. Am Scheideweg muß jeder sich selbst entscheiden, sein Herz, seinen Verstand, sein Gewissen befragen.

Aber er mache es sich nicht allzu leicht, sondern denke die Frage bis zu Ende durch und — er vernehme persönliche Wünsche und persönliche Sehnsucht (mag sie an sich auch durchaus ehrenwert sein) nicht mit der Stimme der Vernunft und des Gewissens.

Vorläufig aber muß es jedenfalls heißen: nicht optieren! Abwarten, bis die Optionsverhandlungen zum Abschluß gekommen sind und die Optionsfrist endgültig festgelegt sein wird. Denn eine Verlängerung der Frist ist immerhin nicht ausgeschlossen: sie liegt im Interesse beider Seiten, es darf mit ihr als mit einer großen Wahrscheinlichkeit gerechnet werden.

Königswahl in Ungarn.

Wie von gut unterrichteter Seite versichert wird, besteht bei den Entente-Großmächten die Absicht, die ungarische Frage durch eine schnelle Königswahl in Ungarn so bald als möglich aus der Welt zu schaffen. Die Mächte der großen Entente sind bereit, in einem unverbindlichen Gedanken austausch über die Person des künftigen Königs zu treten und beabsichtigen im Falle einer Einigung, der ungarischen Regierung einen Kandidaten zu empfehlen. Ein die Kombination ist auch König Ferdinand von Rumänien erogen, da die Idee einer Personalunion zwischen Ungarn und Rumänien wieder an Boden gewonnen hat. Es erscheint als gewiß, daß zwischen der italienischen und der rumänischen Regierung eine entsprechende Fühlungnahme stattgefunden hat und daß die Beziehungen zwischen Rom und Bukarest augenscheinlich sehr inniger Natur sind. Jedenfalls ist auch ein Meinungsaustausch zwischen Bukarest, Prag und Belgrad erfolgt.

Kaiser Karl auf Madeira.

Die mit Portugal geführten Verhandlungen wegen der Unterbringung des ehemaligen Königs Karl auf Madeira sind abgeschlossen. Auf der Insel werden schon die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Die Internierung der Habsburger auf Madeira ist also als sicher anzunehmen.

Arbeiterbewegung.

Der Landarbeiterstreik in Schlesien.

Breslau, 1. November. (Tel.-Un.) In einigen Kreisen Schlesiens ist ein wilder Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Landarbeiter fordern eine Erhöhung des Lohnes und des Leistungsaususses. Der land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband fordert Abbruch des Streiks, bevor in Verhandlungen über diese Forderungen eingetreten werden kann. Es besteht Gewissheit zu Zugeständnissen.

Wie die „Volkswacht“ meldet, nimmt der Landarbeiterstreik in Schlesiens größeren Umfang an. In den Kreisen Striegau, Rippitsch, Goldberg, Hainau und Lüben hat die gesamte Landarbeiterchaft die Arbeit niedergelegt. Einigungserklärungen finden statt.

Der Berliner Kellnerstreik am Ende?

Aus Berlin wird gemeldet: Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berliner Gastronomiegewerbes statt. Es wurde vereinbart, den Streik im Gastronomiegewerbe einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Das Schiedsgericht soll heute mittag in einer neuerlichen Zusammenkunft für beide Parteien eingezogen werden. Aus dem bisherigen Stand der Verhandlungen einzusehen die Blätter die Hoffnung, daß der seit sechs Wochen dauernde Streik in kurzer Zeit sein Ende erreichen wird.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(47. Fortsetzung.)

(Machdruck unterfragt.)

Als er seinen Bruder aus dem Schlaf gellingelt und Lies alles erfahren hatte, kam es wie ein Schrecken über alle. Denn jeder von ihnen hatte das unbestimmte Gesäß gehabt, daß dies Kind noch eine besondere Mission zu erfüllen hätte, — die Seele seiner Mutter zu wecken. Nun war es vorbei, — für immer. —

Als Lies am anderen Morgen erwachte, stand die Sonne schon hoch am Himmel. Sie klingelte nach dem Frühstück und fuhr sehr erstaunt hoch, als statt das Mädchens Lies bei ihr eintrat.

„Na nu, Lies, zu so früher Stunde? Hast Du die kleine schon gesehen? Wie hat sie geschlafen?“

„Sie schläft immer noch.“

Lies war sehr blaß und setzte sich auf Giselas Bettrand. „Sie schläft noch? Das ist gut, das kräftigt sie. Aber Du siehst schlecht aus, Kind, fehlt Dir etwas?“

Lies legte die Hände um die Knie und sah an der anderen vorüber aus dem Fenster.

„Ernst hat mir eben eine Geschichte erzählt, das hat mich so ergriffen.“

„Eine Krankengeschichte? Das tut er doch sonst nie.“

„Er erzählte mir von einem Kind, das zu früh geboren war und entzündlich schwach und winzig war. Das zogen die Eltern mit großer Mühe und Sorge groß, — bis sie merkten, daß es schwachsinnig war. Dazu ein armer, kleiner Krüppel. Da batte sie Gott, daß er es lieber wieder zu sich nehmen möchte, denn es war so nur eine Dual für das Kind. Und —“

„Warum erzählst Du mir das jetzt alles, Lies?“

Polen und Russland.

Warschau, 7. November. (Tel.-Un.) An Stelle des vor kurzem aus Moskau abberufenen polnischen Gesandten Filipowicza ist der bisherige polnische Gesandtschafter in Jugoslawien Dr. Zygmunt Stefanowski zum polnischen Gesandten in Moskau ernannt worden. Er soll seinen neuen Posten in Kürze antreten.

Reise Karachans nach Berlin.

Warschau, 7. November. (Tel.-Un.) Der Gesandte der russischen Sonderregierung in Warschau, Leo Karachan, hat sich in Begleitung des Vorsitzenden der russischen Rückerstattungskommission in Warschau nach Berlin begeben. Als Grund der plötzlichen Reise Karachans wird Urkgebrauch angegeben, da Karachan herzleidend sei. In Warschauer politischen Kreisen ist man jedoch der Ansicht, daß Karachan nicht mehr auf seinen Gesandtenposten zurückkehren wird. In Vertretung Karachans hat der Vorsitzende der russischen Abrechnungskommission Dobolenski die Amtsgeschäfte der russischen Gesandtschaft in Warschau übernommen.

Die Sawinkowgruppe.

Warschau, 7. November. Das Mitglied des Russenkomitees in Warschau, des sogenannten Sawinkowkomitees, Ordyniec, sprach in einer Unterredung mit dem Korrespondenten einer Pariser Zeitung, die von russischen Flüchtlingen herausgegeben wird, die Meinung aus, daß die Vorfälle, die sich in Warschau wegen des Einzugs der Sonderregierung wegen der in Polen weilenden Russen keinen Einfluß auf den Standpunkt Russlands gegenüber Polen haben würden. Die Sawinkowgruppe wird weiter bestrebt sein, eine politische Annäherung zwischen Polen und Russland in Zukunft zu schaffen.

Das türkisch-französische Abkommen.

London, 7. November. Der Konstantinopeler Berichterstatter der „Times“ meldet: In dem Ad-Referendum-Abkommen, das von Jussuf Kemal und Franklin Bouillon unterzeichnet wurde, sei vorgesehen, daß Alexandria Freihafen für die türkische Einfuhr sein soll, die für die von der Bagdadbahn versorgten türkischen Bezirke bestimmt sei. Von nationalistischer Seite wird berichtet, daß die französische Regierung sich bereit erklärt habe, dafür, daß die Regierung von Angora den Vertrag bald ratifiziert, die türkischen Ansprüche auf Pontien und Lit-Thrazien auf der nächsten Konferenz über Fragen des nahen Ostens zu unterstützen. Das Geheimabkommen, das zwischen Frankreich und den Kemalisten abgeschlossen sein soll, sehe vor, daß die Franzosen den Kemalisten 10 schwere Haubitzen und 50 Feldgeschütze und große Mengen Maschinengewehre und Munition liefern, was schwerlich mit der französischen Neutralitätserklärung dem türkisch-griechischen Krieg gegenüber vereinbar wäre. Außerdem soll das Geheimabkommen für gewisse Fälle die Aktion einer der beiden Parteien gegen den König Fessal sowie die russische Räteregierung vorsehen.

London, 7. November. Die „Times“ melden, daß die diplomatischen Kreise in London beträchtliches Interesse an dem Charakter des französischen Abkommens mit den türkischen Nationalisten bewiesen werde. Es heißt, daß außer dem von Bouillon unterzeichneten Abkommen ein geheimes Übereinkommen besteht, das nach dem vorliegenden Vertrag keineswegs geeignet sei, den Weg der altnationalen Vertreter in der Türkei zu ebnen. Angesichts der Tatsache, daß die Franzosen ein Separat abkommen mit den Nationalisten getroffen haben, sei eine Erörterung notwendig, die jedoch wegen der Abwesenheit Briands verzögern müsse. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt dagegen: Es bestehe lange kein Zweifel darüber, daß die Frage des französisch-nationalistischen Friedensvertrages von der britischen Regierung energisch aufgenommen werden würde, trotzdem die Abwesenheit Briands und Berthelots von Paris einen solchen Schritt schwierig und teils machen. Nach „Daily Telegraph“ beanstanden die militärischen Sachverständigen besonders die Bedingungen über die Bagdadbahn und das Recht der Türkei, Truppen zu befördern. Es sei kaum glaublich, daß die französischen Staatsmänner und die militärischen Sachverständigen nicht die Gefahr sehen, die aus einer solchen Bestimmung für die Sicherheit Englands in Mesopotamien erwache. Außerdem seien große Gebiete in Nordsyrien, die Frontlinie der Türkei zurückzufordern, von den Engländern mit arabischer Hilfe zurückerober und bisher sei das französische Mandat über dieses Gebiet noch nicht einmal bestätigt, was die Handlungswise der Franzosen, über dieses Gebiet zu verfügen, noch schwerer macht.

Der Mantelbrief Jussuf Kemals machte einen noch peinlicheren Eindruck, als der Vertrag selbst. Dieser Brief bedeutet nämlich, daß Frankreich dafür, daß es für die Rückerstattung Smyrnas und Thraziens an die Türkei sowie für die Rückführung Konstantinopels durch die Alliierten wirken wolle, sich die wirtschaftliche Priorität im gesamten türkischen Reich sichern könne. Es bleibt noch abzuwarten, welche Haltung Italien in dieser Frage einnehmen werde.

Gisela strich sich ungeduldig die weichen, roten Haare aus der Stirn.

„Anderer Leute Kinder sind mir schon immer so furchtbar gleichmäßig gewesen. Wo bleibt nur Anna mit dem Frühstück, ich habe Hunger.“

„Ich werde sie Dir sofort schicken.“

Lies ging schnell hinunter, das Frühstück zu bestellen. Da wollte es das Un Glück, daß die Pflegerin sie einen Augenblick ins Kinderzimmer bat, sie um irgendeinen Rat zu rütteln. Lies wartete ungeduldig. Als niemand kam, klingelte sie noch einmal. Da stürzte ihre Jungfer mit rot geweinten Augen herein.

„Anna, ich mö hte endlich mein Frühstück haben. Aber was hast Du denn? Total verheult?“

Anna schluckte und schluckte und drehte an ihrem Schürzenzipfel. „Heraus mit der Sprache, was ist los?“

Gisela richtete sich ärgerlich im Bett auf.

„Ach Gott, — gnädige Frau wissen noch nichts, — und wir sollen's auch nicht sagen, — ach Gott, — ich tu schon lieber den Herrn Doctor.“

Damit stürzte sie fort.

Da überfiel Lies eine furchtbare Unruhe. Was war Los? Was wollte man ihr verheimlichen?

Im langen, weißen Nachthemd, die gelösten roten Haare im Nacken, floß sie zur Tür. Da prallte sie mit ihrem Mann zusammen, der gerade zu ihr wollte.

Er hielt sie fest.

„Wo willst Du hin, Gisela?“

Sie machte sich los.

„Läß mich, — es ist etwas mit der Kleinen, — Ihr wollt mir etwas verheimlichen. Ist es schlimmer geworden in der Nacht?“

Sie strebte an ihm vorbei durch die offene Tür.

„Mu ejerner Gewalt hieß er sie zurück.“

Das neue Kabinett in Preußen.

Das Ministerium Leinert.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion gestern mittag mit der an sich recht schwachen Mehrheit von 46 gegen 41 Stimmen grundsätzlich ihren Eintritt in die große Koalition beschlossen und ihre Unterhändler zu Verhandlungen mit den übrigen Koalitionsparteien ermächtigt hatte, haben sich die Fraktionsvorsitzende über die Regierungsbildung geeinigt. Als Ergebnis dieser Besprechungen wird folgende vorläufige Ministerliste genannt:

Präsidium Leinert (Soz.); Inneres Severini (Soz.); Finanzen Dr. Leidig oder Dr. von Richter (Deutsche Volkspartie); Unterricht Dr. v. Camye (Deutsche Volkspartie); Landwirtschaft Dr. Wendorff (Demokrat); Justiz Dr. am Behnhoff (Bentre); Handel Otto Braun (Soz.); Wohlfahrtsministerium ein Zentrumsvorsteher.

Nach dem „Vorwärts“ sind folgende Grundätze für die Regierungsbildung unter den vier Fraktionen vereinbart worden:

Die Beamten sind unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung verpflichtet, die Verfassung des Staates gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und aktiv für die Autorität des gegenwärtigen Freistaates und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten; Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes; Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Städten und Gemeinden; Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung; Förderung einer durchgreifenden Justizreform; größere Selbstständigkeit der preußischen Finanzen; Absplitterungsbestrebungen von Preußen sind nicht zu unterstützen.

Über die Auseinandersetzung des preußischen Staates mit den Kreisen Hohenzollern konnte bisher ein Einvernehmen unter den Parteien nicht erzielt werden. Heute vormittag finden beim Landtagspräsidenten Leinert erneute interfraktione Besprechungen statt, in denen das Kabinett endgültig gebildet werden soll.

Gegen die Vernichtung der deutschen Werke.

Berlin, 7. November. (Tel.-U.) Zu einer Protestkundgebung gegen den Versuch der Entente, die Betriebe der deutschen Werke A.-G. lahmzulegen, versammelten sich am Mittwoch abend im Bleiarbeitssaal des Herrenhauses Hunderte von Angestellten der Hauptverwaltung der deutschen Werke A.-G., die die Zentrale der Verwaltung der Betriebe der Gesellschaft im Metzle darstellen. Die Beamten erhielten erblich in dem Vorgehen der Entente einen systematischen Feldzug der französischen Militärarbeiter, der darauf hinzu läuft, Deutschland und sein Volk zu vernichten. Die Angestellten verlangen vom Betriebsrat, daß er beim Vorstand der Hauptverwaltung vorstellig wird, sie möge nicht nachlassen im Widerstand gegen die Forderung der Entente.

Auch die Arbeiterschaft der Werke Spandau und Hasenort protestiert durch ihren Betriebsrat gegen die Verordnungsbefehle der Entente und stellt sich geschlossen hinter die Direktion der deutschen Werke im Abwehrkampf.

Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten.

Nach Washingtoner Meldungen aus Tokio ist auf den japanischen Ministerpräsidenten Hara ein Anschlag verübt. Wie Reuter meldet, ist der Überfallene durch einen Dolchstich lebensgefährlich verletzt. Nach einer amtlichen Mitteilung an das Staatsdepartement in Washington, ist Minister Hara gestern abend um 10 Uhr gestorben.

Wie aus Tokio gemeldet wird, war der japanische Ministerpräsident Hara im Begriff im Präzidentenpalais in Tokio den Eisenbahntzug nach Kioto zu besteigen, um dort an einer Versammlung der sogenannten Unionspartei teilzunehmen, als er im Wartesaal I. Klasse von einem Koreaner überfallen und mit mehreren Dolchstichen in die Brust schwer verletzt wurde. Einige Stunden später erlag Hara den Verletzungen. Der Mörder wurde verhaftet. Die erste Meldung von dem Mord war ein Telefon-Funkruf des amerikanischen Botschafters an das Auswärtige Amt in Washington, der am Freitag abend von Neu York nach London weitergegeben wurde: „Hara ist um 10 Uhr abends gestorben.“ Das heißt nach deutscher Zeit um 2 Uhr nachmittags am Freitag.

Die Nachricht, daß ein Koreaner der Täter sei, hat die Wirkung der Nachricht bedeutend abgeschwächt. Es handelt sich um einen rein politischen Mord, begangen im patriotischen Affekt, um die Unterdrückung und Ausbeutung am fremden Regierungsschrein zu rächen. Die Tat ist also jedenfalls nicht auf eine innerpolitische japanische Bewegung zurückzuführen.

Rücktritt des japanischen Kabinetts.

Tokio, 8. November. (Tel.-U.) Am Schluß seiner heutigen Sitzung hat das japanische Kabinett demissioniert.

Geh nicht, — Gisela, hörst Du, — geh nicht, — sie schlält gerade, — Du würdest sie nur stören, — komm Gisela, — ich will Dir etwas sagen.“

Sie stieß ihn zurück.

„Zu meinem Kind will ich. Hörest Du denn nicht? Ich wecke es ja nicht auf.“

Da war sie auch schon fort an ihm vorüber.

Er tastete nach dem nächsten Suhl.

Was würde nun kommen?

Er hörte die Tür zum Kinderzimmer gehen, dann Stimmen murmelnd von Lies und der Pflegerin.

Und dann einen Schrei, — gellend, — markenschüttend.

Da stürzte er ihr nach.

Neben der Wiege, wo in seinem weißen Bettchen das tote Kindchen schlief, lag Gisela ohnmächtig am Boden.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Das Göttinger Hochschularchiv. Das unter Leitung von Professor Paul Schmid (früher in Breslau) stehende Hochschularchiv der deutschen Studentenschaft in Göttingen, das auf ein einjähriges Bestehen zurückblickt, hat durch Sammlung aller in Betracht kommenden Dokumente alter und neuer Zeit die Grundlage zur geschichtlichen Erforschung und Darstellung des gesamten Universitätswesens geschaffen. Verübt werden die Einrichtungen des inneren Betriebes der Hochschulen, ihr soziales Leben, die Beziehungen zu den geistigen, religiösen, politischen und sonstigen kulturellen Erscheinungen; ferner wird aus der Presse und den nichtakademischen Zeitschriften alles in Frage kommende erfaßt und es ist beachtlich, auch die ausländischen Universitäten in den Kreis der Beobachtungen zu ziehen. Die systematische Sammlung aller auf Hochschulangelegenheiten bezüglichen Schriftstücke, Broschüren, Bücher und Autographen, namentlich soweit sie sich in kleinen deutschen Bibliotheken befinden, erfordert natürlich die Hilfe aller akademischen Bibliotheken und Behörden sowie auch Privatpersonen. Dann wird es möglich sein, das Archiv zu einem Forschungsinstitut für Hochschulkunde auszugesten.

Republik Polen.

† Verbot einer Reihe von Zeitungen. Gemäß einer Verordnung des Regierungskommissars der Stadt Warschau wurden auf Grund des Art. 27 des Erlasses vom 7. Februar Nr. 801 am 8. d. Mts. die Zeitungen „Nasz Kurier“, „Der Jude“, „Biuletyn Robotniczy“ und „Komitetu Pomoch Rosji“ und endlich das Einzelblatt vom 4. d. Mts. betitelt „Unser Gedank“ verboten. Zugleich soll ein Gerichtsverfahren gegen die Herausgeber der obigen Zeitungen eingeleitet werden.

† Erste russische Goldrate. Aus Moskau traf in Warschau die amtliche Nachricht ein, daß die Sowjetregierung die angekündigte erste Goldrate, die Russland nach dem Auger Friedensvertrag für Eisenbahnmaterial an Polen zu zahlen hat, am Mittwoch und Donnerstag an die polnische Gesandtschaft in Moskau überreisen worden ist.

Deutsches Reich.

** Staatssekretär Bergmann in Washington. Der deutsche Staatssekretär Bergmann weilt in Washington und hat eingehende Verhandlungen u. a. mit Mellon und Hoover gehabt, in denen die zukünftigen deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen und die Bedingungen für deren Wiederaufnahme erörtert worden sind. Deutschland ist also scheinbar auf dem besten Wege, wieder in ein friedliches Verhältnis zu Amerika zu treten, jenem Kriegsgegner, der im Grunde genommen den Weltkrieg zugunsten der Entente beendet und die recht brüderlich gewordene französische Glieder gerettet hat. Deutschland steht unmittelbar vor der Ratifikation des vom Berliner Reichstag bereits angenommenen deutsch-amerikanischen Friedensvertrages, dessen Ratifikationsurkunde nach einer neuerlichen Pressemeldung schon von Washington nach Berlin unterwegs sein soll.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 7. November.

Vor der Stadtverordnetenwahl.

Der deutsche Wahlausschuß gibt bekannt:

Für die Austragung der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl ist noch nicht die erforderliche Zahl Kandidaten (90) vorhanden. Wir bitten daher, uns möglichst postwendend Herren oder Damen nennen zu wollen, die bereit sind, für die Stadtverordnetenwahl zu kandidieren. Der Kandidat muß:

1. das 25. Lebensjahr am 28. Oktober 1921 vollendet haben,
2. vor dem 12. August 1921 im Gebiete der Stadt Posen seinen Wohnsitz gehabt haben,
3. Bürger des polnischen Staates sein,
4. im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein,
5. sich in polnischer Sprache schriftlich und mündlich ausdrücken können,
6. in der Wählerliste eingetragen sein.

Erhöhung der Preise für Gas und Gaserzeugnisse.

Es war ganz selbstverständlich, daß die infolge des Ausstandes der Arbeiter in den städtischen Betrieben bewilligten 20prozentigen Steuerzulagen sich in einer abermaligen Erhöhung des Gaspreises usw. bemerkbar machen würden. Und richtig, der Magistrat hat unterm 4. November eine Vertierung des Gaspreises von 44 auf 55 M. für den Kubikmeter mit rückwirkender Gültigkeit vom 25. Oktober ab beschlossen. Ferner ist der Preis für den Btr. Stücklos auf 1250 M., Perstlos auf 1000 M. und Leer auf 3750 M. erhöht worden. Und das alles trotz des erheblichen Steigens der polnischen Valuta!

Liquidation.

Beim Gutsbesitzer Paul Kühne, Besitzer des 400 Hectaren großen Gutes Horlau, jetzt Sac, Kreis Namisch, erschien am Sonntag (1), den 30. Oktober d. J., der Kreisfreiter Walendowski aus Namisch in Begleitung von dem zuständigen Distriktkommissar, 2 Gendarmen und 3 „Sachverständigen“, gab sich als „Vertreter des Starosten“ aus und eröffnete Herrn Kühne kurz und bündig und ohne Vorweisung irgendeines Schriftstücks, daß „er liquidiert sei“. Auf die Frage nach seiner Legitimation wies W. nur auf die beiden Gendarmen und sagte, diese seien seine Legitimation. Als Herr Kühne dann meinte, daß er seit 1890 im polnisch gewordenen Teile der Provinz Polen ansässig sei und im Jahre 1908 bereits das Gut von der Ansiedlungskommission gekauft habe, auch im Grundbuch seitdem als Eigentümer eingetragen sei, wurde ihm von W. nur kurz erwidert, seine Eintragung sei im Grundbuch gelöscht und dafür der polnische Staat als Eigentümer eingetragen. Wie Herr Kühne im Kreisgericht in Kutroschin erfahren hat, ist diese letztere Behauptung eine glatte Unwahrheit! Herr Kühne mußte es sich sodann, der Gewalt weidend, gefallen lassen, daß die „Kommission“ am Sonntag (!) sein Gut besichtige und ein Inventar des lebenden und toten Bestandes aufnahm. Die anfänglich noch beabsichtigte Abschärfung unterblieb. Einer der „Sachverständigen“ wurde Herr Kühne als sein „Zwangsvorwärter“ bezeichnet und Herr Kühne von dem Kreisfreiter bei Strafe verboten, irgend etwas zu verlaufen. Der neue „Zwangsvorwärter“ begann seine Tätigkeit damit, daß er über „deutsche Schweinewirtschaft“ schwippte, obwohl Herr Kühne allgemein als unsittlicher und erfolgsreicher Landwirt bekannt ist, der sein Gut tadellos bewirtschaftet. Weshalb er „liquidiert“ sei, hat Herr Kühne bisher nicht erfahren können, insbesondere hat er weder von dem Liquidationsamt noch von einer sonstigen Behörde irgend ein Schriftstück erhalten.

X Kirchliche Wahlen. Im Anschluß an den Hauptgottesdienst fanden gestern in der Christuskirche die Ergänzungswahlen der kirchlichen Körperschaften statt. Von 25 Wahlberechtigten übten 16 ihr Wahlrecht aus. Einstimmig wiedergewählt wurden die ausscheidenden Kirchenratsmitglieder, Kirchältesten Kommerzienrat Stiller und Redakteur Herbrechtsmeier; neu gewählt wurde in den Gemeindekirchenrat der bisherige Gemeindevertreter Sturm. Zu Gemeindevertretern wurden gleichfalls einstimmig wiedergewählt die ausscheidenden Herren Keschke, Grüber (Hans), Machner, Schneider und Deder. Neugewählt wurde in die Gemeindevertretung der Kaufmann Dariusz.

Zu den Brotpreisen. Ein hiesiger Bäckermester, Herr Theodor Toepper, erklärte zu den von uns angegebenen Brotpreisen in Polen, daß er schon seit acht Tagen das Bündl Brot für 80 M. verkauft (also nicht für 70 M.) — und zwar in seinen zwei Geschäften auf der ulica Wielka 18 und Mokra 1.

Die Landesversicherungsanstalt (Ubezpieczalnia Krajowa) in Polen erachtet alle angestellten, die zur Zeit der Übernahme der ehemals preußischen Landesteile durch den polnischen Staat auf Grund des § 373 des Angestelltenvertrages ungeseheden vom 20. Dezember 1911 bei den Ertakklassen mit dem Sise in Deutschland versichert waren unverzüglich der Ubezpieczalnia Krajowa Wydział urzędników prywatynych in Polen zu zuziehen, für welche Zeit (von ... bis ...) und in welcher Höhe für sie Beiträge an die Ertakklassen entrichtet werden sind.

Der Freihandel mit Spiritus in Polen. Der Spiritus ist am 1. November für den Handel freigegeben worden. Wie der Centralverein der Erzeuger von alkoholischen Getränken für Westpolen den Interessenten bekannt gibt, ist das Verfahren jetzt so, daß die Spiritusverzehrung direkt an die Mietzillionsanstalten

geleitet wird, die ihn ihrerseits ohne weiteres nach Maßgabe der bisherigen Auflistung abgeben. Der Preis beträgt 2850 M. (850 M. + 2000 M. Steuer) für das Liter 100prozentigen Spiritus.

Zugverkehr Stralkowo-Kutno. Auf der neu gebauten Bahnstrecke Stralkowo-Kutno geht an den Tagen mit ungeradem Monatsdatum ein Zug um 6 Uhr früh von Kutno ab, der in Stralkowo um 2 Uhr 15 Min. nachm. eintrifft. Der Gegenzug verkehrt an den Tagen mit geradem Monatsdatum. Die Abfahrt- und Ankunftszeiten sind dieselben, d. h.: ab Stralkowo 6 Uhr früh, an Kutno 2 Uhr 15 Min. nachmittags.

Deutsche Konzerte. Uns wird geschrieben: Die bisher in dieser Saison vom Ausschuß zur Pflege deutscher Geisteslebens beim Deutschenbund Provinzialkonzerte sind durchweg so schlecht besucht worden, daß sich die Veranstalter genötigt sehen werden, bei weiterer so schlechter Beteiligung die Konzertfähigkeit ganz einzustellen. Es wäre dies um so bedauerlicher, als bereits namhafte deutsche Kräfte unter anderem der Baritonist der Münchener Staatsoper Bredero einen gewonnen wurden. Die Gleichgültigkeit des Publikums diesen Veranstaltungen gegenüber ist umso bedenklicher, als die bisherigen Darbietungen durchweg gute Leistungen waren. Die Eintrittspreise waren zudem so niedrig bemessen, daß sie, verglichen mit denen polnischen Konzerte, gering zu nennen sind. Als ganz besonders beschämend und lächerlich ist es, daß sich mit wenigen Ausnahmen die gesamte deutsche Intelligenz von jedem Besuch fernhält. Es kann dabei nicht verschwiegen werden, daß es zu erheblichem Teile die nämlichen Besönlichkeit sind, die das klassische Liebhaberum und die Beteiligungen aus ihm neue Kräfte für unser geistiges Leben zu gewinnen, mit dem Wunsche nach Kultivierung ablenken. Diese Intelligenz fehlt hier, und sie verzagt sich auch dort. Sie wird sich nicht zu beklagen haben, wenn in Zukunft ihr nichts geboten wird. Es sei darauf hingewiesen, daß nach dem fast leerem Konzert von Frau Loos-Stettin nunmehr am Sonnabend, dem 12. November ein Violinkonzert von Frau Weisse-Dissa veranstaltet wird. Um Klavier: Herr Viktor Bickerich.

Volksbildungswissenschaftliche Vorträge. Es wird darauf hingewiesen, daß am Dienstag, dem 8. d. Mts., abends von 6—7 Uhr Herr Studienrat Stelter seine Vorlesungen über die Relativitäts-Theorie beginnen wird. Ebenso wird Herr Diplom-Handelslehrer Regener seine beiden Vorlesungen über Frauenmännische Führung von 7—8 Uhr und über Geld-Bank- und Börsenwesen an diesem Tage von 8—9 Uhr beginnen. Die Vorlesungen finden in den Räumen des deutschen Gymnasiums statt. Es ist darauf hinzuweisen, daß verschiedene Fragen laut geworden sind, daß die bereits begonnenen Vorlesungen fortlaufend gehalten werden und nicht Einzelvorträge sind. So wird die von Studienrat Dr. Beckmann bereits begonnene Übung über Kants Grundlegung zur Metaphysik der Sitten am kommenden Dienstag fortgesetzt werden. Sämtliche Vorlesungen finden bei freiem Eintritt statt. Die Vorlesungen von Herrn Hammet und Frau Starke beginnen am Montag, den 14. d. Mts.

Der hiesige Esperanto-Verein, „Pola Esperanto Soceto“, tagt Dienstag, den 8. November, abends 7½ Uhr im Innungssaal der Bauhütte, ul. Szw. Mielżyńskiego 23 (Viktoriair), Hof I. Die Gründung einer deutschen Arbeitsgemeinschaft innerhalb des Vereins ist in Aussicht genommen, dies neue Sekretariat beginnen demnächst. Anmeldungen werden dorfselbst entgegengenommen. Aufsicht erteilt auch der deutsche Kursteiler, Herr W. Kalitz, ul. Popińska 2 (Am Rosenarten), Telefon 1718.

Vom Film. Im Palasttheater ist jetzt täglich das historische Drama „Maria Tudor“ mit Ellen Richter in der Hauptrolle zu sehen.

Eine hohe Belohnung ist für die Wiederbeschaffung zweier Pferde ausgesetzt, die am Abend des 8. d. Mts. bei dem Mittagsschießen Wendorff Rybieniec aus dem festverschlossenen Stall geflohen worden sind. Es handelt sich um zwei braune Pferde, etwa 172—175 Centimeter groß, beide braun, ein Wallach 10 Jahre alt ohne Abzeichen, jedoch an seinem sehr dünnen behaarten Schwanz (Mattenförmig) erkennbar, eine Stute, 18 Jahre alt, rechts hinten eine weiße Krone. Die Untersuchung hat bisher ergeben, daß die Pferde über Starosty-Miezier in westlicher Richtung von zwei Personen, vermutlich kleinen Leuten mit runden blauen Schirmmützen, wie sie in Kongreßpolen viel getragen werden, fortgeführt worden sind.

X Herrenlos aufgefunden wurden auf der ul. Bulcka 1 Melschuk 2 Kälber und 1 Ziege. Die Tiere befinden sich im 7. Kommissariat. Der Eigentümer wird erachtet, sich dort zu melden.

X Diebstähle. In der Nacht vom 4. zum 5. d. Mts. wurden in der ul. Matejki 48 (fr. Neue Gardestr.) ein Paar Pferdegeschirre mit gelbem Messingbeschlag gestohlen. Der Wert ist mit 100 000 M. angegeben. — In der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. wurden ebenfalls ein Paar neue Pferdegeschirre in der ul. Lazaraka 50 (fr. Lazarusstr.) gestohlen, deren Wert sich auf 40 000 M. bezieht. — In der selben Nacht wurde in der Gorna Wilda 86 (fr. Kronprinzenstr.) ein Motor von 6 PS. gestohlen, der die Fabrikmarke des Siemenswerke trägt. Der Motor hat einen Wert von 150 000 M. — Aus dem Gebäude des Zwiazek Młodzieży Chrzeszczaskiej wurde ein Kinobavarat der Anna Graeslov Nr. 220 495 und ein Motor Nr. 4598 gestohlen. — Am 3. d. Mts. wurde 2 Arbeitern ein Fas mit Spiritus gezeichnet. Der Fas ist auf der Wielkie Garbary (fr. Gr. Gerbers) abgenommen. Den Dieben gelang es, unter Zurücklassung des Fasses, zu fliehen.

□ Wreschen, 6. November. Heut, Sonntag, konnte das Geschäftshaus Schubert in Wilhelmsthal das Fest der goldenen Hochzeit in geistiger und körperlicher Frische feiern. Der Landwirt Daniel Schubert ist Veteran von 1870/71. Die kirchliche Einführung fand in der evangelischen Kirche zu Wilhelmsthal statt.

* Bromberg, 6. November. Vor einigen Wochen wurde in Ad. Kruschin bei Bromberg ein schwerer Raubmord verübt, dem Angehörige der Familien Prich und Ullrich zum Opfer fielen. Der Polizei gelang es bald, einen der Mörder zu fassen. In Siedlitzki machte sich ein Mann stark verdächtig, an diesem Raubmord beteiligt gewesen zu sein. Er schrieb Briefe an seine Eltern in Polen, die er mit dem Mörder seines Freundes, des bereits verhafteten Mörder Botties, verfaßt. Er wollte eine größere Menge amerikanisches Geld wechseln und gab an, das Geld aus dem Verkauf seiner väterlichen Wirtschaft zu haben. Die Nachforschungen ergaben aber, daß das Geld von dem Raubmorde herrißt, da die Eltern des Mörderen nach wie vor im Besitz ihres Grundstücks in Polen sind. Der Verhaftete heißt Alfred Weigel.

* Klim, 6. November. Von der Grenzwache erschossen wurde der deutsche Bäcker K. aus Damerow, Kreis Klim. beim Grenzübergang nach Deutschland; auch sein Sohn wurde erschossen. Außerdem hat er weder von dem Liquidationsamt noch von einer sonstigen Behörde irgend ein Schriftstück erhalten.

X Kirchliche Wahlen. Im Anschluß an den Hauptgottesdienst fanden gestern in der Christuskirche die Ergänzungswahlen der kirchlichen Körperschaften statt. Von 25 Wahlberechtigten übten 16 ihr Wahlrecht aus. Einstimmig wiedergewählt wurden die ausscheidenden Kirchenratsmitglieder, Kirchältesten Kommerzienrat Stiller und Redakteur Herbrechtsmeier; neu gewählt wurde in den Gemeindekirchenrat der bisherige Gemeindevertreter Sturm. Zu Gemeindevertretern wurden gleichfalls einstimmig wiedergewählt die ausscheidenden Herren Keschke, Grüber (Hans), Machner, Schneider und Deder. Neugewählt wurde in die Gemeindevertretung der Kaufmann Dariusz.

Zu den Brotpreisen. Ein hiesiger Bäckermester, Herr Theodor Toepper, erklärte zu den von uns angegebenen Brotpreisen in Polen, daß er schon seit acht Tagen das Bündl Brot für 80 M. verkauft (also nicht für 70 M.) — und zwar in seinen zwei Geschäften auf der ulica Wielka 18 und Mokra 1.

Die Landesversicherungsanstalt (Ubezpieczalnia Krajowa) in Polen erachtet alle angestellten, die zur Zeit der Übernahme der ehemals preußischen Landesteile durch den polnischen Staat auf Grund des § 373 des Angestelltenvertrages ungeseheden vom 20. Dezember 1911 bei den Ertakklassen mit dem Sise in Deutschland versichert waren unverzüglich der Ubezpieczalnia Krajowa Wydział urzędników prywatynych in Polen zu zuziehen, für welche Zeit (von ... bis ...) und in welcher Höhe für sie Beiträge an die Ertakklassen entrichtet werden sind.

Der Freihandel mit Spiritus in Polen. Der Spiritus ist am 1. November für den Handel freigegeben worden. Wie der Centralverein der Erzeuger von alkoholischen Getränken für Westpolen den Interessenten bekannt gibt, ist das Verfahren jetzt so, daß die Spiritusverzehrung direkt an die Mietzillionsanstalten

Kurse der Posener Börse.

	Offizielle Kurse:	7. November	5. November
1% Posener Pfandbriefe (alte)	Buchst. A u. B	—	—
3½% ohne Buchst.	—	—	—
3½% Buchst. C	—	—	—
4% Buchst. D u. E	—	—	—
4% (neue)	—	—	—
4% (neue) mit voln. Stempel	—	—	—
5% Pfandbriefe	—	—	—
5½% Pos. Provinzialobligationen	—	—	—
5½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—	—
5½% Ost. Tegielski	—	—	—
6% Schuldcheine der Bank Kredyt. Powiat. Warsawaw.	—	—	—
Bank Bielsko I—IX em. (ungef.)	220 +A	220 +A	—
Bank Handlow. Poznań I—VIII	360 +	360 +	—
Hurtownia Drogi.	130 +	—	—
Bielski, Bodz. Gdansk I—IV	250 +A	260 +A	—
Bank Bielski I—III	—	—	—
Bank Bielski	—	—	—
N. Barciłowski I—IV em.	180 +	180 +	—
R. Barciłowski V em.	165 +A	160 +N	—
Centrala Skóra I—III (exkl. Pap.)	400 +A	410 +A	—
Widawa	550 +A	—	—
Dr. Roman Maj I—III	—	—	—
IV	450 +A	—	—
Potris	—	—	—
Bożn. Święta Drzewina	1100 +A	—	—
C. Hartwig I—III em.	—	—	—
C. Hartwig IV em.	—	—	—
Egielski I—VI em.	210 +A	210 +A	—
Egielski VII em.	210 +A	210 +A	—
Hurtownia Riwakowa	140 +A	—	—
Bielska Chemicna	200 +	200 +	245 +A
Wiel. Bank Nolinows	—	—	—
Informelle Kurse:			
4½% poln. Pfandbriefe	—	—	—
4½% poln. Pfandbriefe (abgeg.)	—	—	—
Bank Centralny I—III	—	—	—
Bank Poznański	—	—	—
Bank Przemysłowa	210—205 +A	225 +A	185—190 +A
Bank Piastowska	—	—	210 +
Bank Szczecinska	—	—	—
Bank Stettin	580—620 +N	685 +A	—
Bielska Ceramiczna	—	—	160 +A
Brzegi Ceramique Koszalińskie	—	—	

